№ 449. Morgenblatt
Donnerstag, 25. September.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. St. Frankfurter Str. 87. SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 58. N. Chausseestr. 67. C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlags-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,25 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Bezuge aus der Expedition:
Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten:
pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Hausbesitzer und Terrainspekulanten.

Vor einiger Zeit sprach der Vorkämpfer der Deutschen Bodenreform A. Damaschke in Dortmund. Es war dort dieselbe Misere wie anderswo: Die Stadt hatte große Opfer gebracht, einen Hafen angelegt, den Kanal nach Ems gefördert und als Ergebniß der großen Aufwendungen der Gemeinde stellte sich für die große Masse der Bevölkerung zuletzt Wohnungsnoth und Wohnungselend ein. In jener Versammlung nun trat ein Stadtverordneter auf und sagte: „Ja, was sollen wir machen? Als wir mit unseren großen Arbeiten begannen, fanden sich auswärtige Spekulanten ein und kauften die werthvollsten Baugelände auf, und die halten sie nun eben fest. Da ist z. B. ein Herr aus Breslau gekommen, der an der Hauptstraße ein großes Terrain für ein Butterbrot gekauft hat. Er erklärt nun, er gebe das Baugland nicht unter 500 000 M. her. Wenn so der Boden zurückgehalten wird von seiner Aufgabe, menschlichen Wohn- und Werkstätten Raum und Grund zu bieten, so ist eben die Wohnungsnoth die natürliche Folge!"

Damaschke fragte: „Wie viel zahlt dieser Mann, der von dem Aufblühen der Gemeinde so viel Gewinn erwartet, denn eigentlich Steuern in dieser selben Gemeinde?" Da antwortete der Stadtverordnete etwas kleinlaut: „Wir haben hier die Grund- und Gebäudesteuer nach dem Nutzungswerth, wie sie ja allgemein üblich ist. Da haben wir den Mann so hoch wie möglich eingeschätzt. Aber wenn man das nackte Gelände nach seinem Nutzen taxirt, nach der Anzahl der Kartoffeln und Kohlköpfe die man darauf gewinnen kann, da kommt man eben nicht sehr hoch. Der Mann zahlt jährlich drei Mark Steuern!" Darauf entgegnete der Bodenreformer: „Haben Sie denn nicht § 25 des preußischen Kommunalabgabengesetzes gelesen? Dort steht, daß die Grund- und Gebäudesteuer auch nach dem „gemeinen Werth", d. h. dem Verkaufswerth, angesetzt werden kann. Wenn eine Stadt den Terrainspekulanten das Privilegium der Steuerfreiheit giebt, wie Sie es hier thun, dann allerdings braucht man sich nicht zu wundern, wenn jene Herren ihre verhängnißvolle „Arbeit" auch auf Ihr Gebiet verlegen!"

Jene Versammlung fand im Januar statt, schon im April desselben Jahres wurde in Dortmund die Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Werth durchgeführt. Allerdings war der angenommene Satz sehr gering; es wurden von je tausend Mark des Verkaufswerthes 2 M. Steuern erhoben. Aber immerhin, der Breslauer Spekulant, der bis dahin 3 M. Steuern entrichtet hatte, konnte jetzt auf Grund seiner eigenen Angaben mit 1000 M. Steuern herangezogen werden. Er soll darauf bald das Grundstück verkauft haben, und zwar bedeutend unter dem von ihm zuerst geforderten Preis: „Er werde dahin gehen, wo man nicht so „ungerecht" behandelt wird!"

An diese Episode mußten wir denken, als wir den von uns dieser Tage veröffentlichten Beschluß der Moabiter Ortsgruppe der deutschen Bodenreformer lasen, die Stadtvertretung von Berlin zu ersuchen, auch bei uns die Grund- und Gebäudesteuer endlich dahin zu reformiren, daß nicht mehr der Nutzungswerth, sondern der gemeine Werth zu Grunde gelegt werde. Denn in der That, wenn der Breslauer Terrainspekulant sich nach Orten wenden wollte, in denen er steuerfrei sein einträgliches Gewerbe ausüben kann, dann bietet ihm die Reichshauptstadt noch heute ein geeignetes Feld.

Und warum ist diese einfache, klare Forderung in Berlin noch nicht erfüllt? Warum wird heute noch der geradezu unsinnige Zustand aufrecht erhalten, daß Bauland, das Hunderttausende werth ist, von unseren Stadtvätern zur Gemeindesteuer nur herangezogen wird nach der Anzahl der Kohlköpfe die auf ihm wachsen könnten? Der Grund liegt in dem Verhalten der Hausbesitzer, die in Berlin dank ihrer festen Organisation und eines verzerrten Wahlrechts den bedeutendsten Einfluß auf die städtische Verwaltung ausüben.

Sie haben sich bisher gegen diese Steuer erklärt, und doch liegt hier gerade klar und offen zu Tage, daß die Interessen des Hausbesitzers, d. h. des wirklich soliden und seßhaften Hausbesitzers, wesentlich anders sind, als die der Bodenwucherer und Terrainspekulanten. Fast die gesammte Grund- und Gebäudesteuer wird heute von den Hausbesitzern getragen. Die 73 Terrain-Gesellschaften aber, deren sich Berlin erfreut, und die einzelnen Großspekulanten sind so gut wie steuerfrei.

Beispiele machen die Sachen am klarsten. Die Stadt Breslau brauchte zur Durchführung nöthiger Reformen jährlich 200 000 M. mehr Gemeindesteuern. Nach heißen Kämpfen wurde die Steuer nach dem gemeinen Werth durchgeführt. Der Erfolg war überraschend. Der unbebaute Boden hatte bis dahin nach dem Nutzungswerth nur 10 800 M. eingebracht; trotzdem die Steuer nach dem gemeinen Werth nur nach dem niedrigen Satze von 2,9 pro Tausend erhoben wurde, mußten die Terrainspekulanten jetzt das 30fache der Steuer bezahlen, nämlich etwa 316 000 M. So wurde der Mehrbedarf gedeckt, ohne daß die arbeitende Bevölkerung auch nur im geringsten belastet wurde. Und die Hausbesitzer? Nun, den Besitzern von Häusern mit mittleren und kleineren Wohnungen konnten 105 000 M. Gebäudesteuern geradezu erlassen werden!

Aehnlich war die Erfahrung, die die Stadt Köln mit der Einführung dieser Steuer machte.

Als im vorigen Jahre die Hamburger Bürgerschaft einen Ausschuß einsetzte, um die Bodenreformforderungen zu prüfen, wandte sich dieser Ausschuß an das Bürgermeisteramt von Köln um Auskunft darüber, wie sich die Steuer nach dem gemeinen Werth bewährt habe. In der amtlichen Antwort wurde betont, „daß sich die neu eingeführte Gemeinde-Grundsteuer nach jeder Richtung hin sehr bewährt habe zumal eine gerechtere und allseitig befriedigende Vertheilung der Steuer herbeigeführt worden sei. Insbesonderen seien die sogenannten Spekulationstermins scharf gefaßt. Den Wohnräumen sei gegen früher eine Entlastung bis zu 40 pCt. zu Theil geworden, welche in der Hauptsache den kleineren oder Arbeiterwohnungen zu gute kommen, da bei diesen zwar ein hoher Nutzungswerth aber ein geringer gemeiner Werth vorhanden sei. Einsprüche gegen die Veranlagung zur Gemeinde-Grundsteuer seien nur wenig eingegangen, wodurch die Annahme bestärkt werde, daß sie überall gut aufgenommen worden sei."

In Köln wurden 1893 bei der Steuerveranlagung zur Gebäudesteuer bei 21 292 Neuveranlagungen nicht weniger als 2703 Reklamationen eingereicht. Bei der Steuerveranlagung nach dem gemeinen Werth aber wurden 1·98/99 bei etwa 30 000 Veranlagungen nur 174 Einsprüche erhoben!

Wie ist das nun möglich, daß die Berliner Hausbesitzer sich gegen eine solche Steuerreform wehren, die den Bodenwucher trifft, den solchen Hausbesitz aber entlastet?

Die Berliner „Grundbesitzer-Zeitung" schrieb einmal in einer Fehde mit den Bodenreformern, daß man nicht leugnen könne, „daß es auch Hausbesitzervereine gebe, die von Bauspekulanten oder deren Alliirten, Vertretern von Hypothekenbanken gegründet sind, bezw. unter dem Einfluß von solchen Personen stehen."

Wir wollen aus diesem Geständniß keine Folgerungen ziehen. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß es uns scheint, als ob sich in den Berliner Hausbesitzerkreisen mancher tüchtige Mann blenden und unbewußt vor den Wagen der Terrainspekulanten spannen läßt! Hier ist eine Frage, die klar und offen liegt. Die Interessen der Miether, die durch den Bodenwucher am schwersten geschädigt werden, und die Interessen des soliden Hausbesitzes stehen auf der einen Seite, auf der anderen steht nur die „kleine aber mächtige Partei" der Terrainspekulanten. Wer wird siegen?

Gespannt aber sind wir, welche Stellung der Berliner Magistrat nehmen wird, welche Antwort er den Bodenreformern auf ihre Anregung ertheilt, die Steuer nach dem gemeinen Werth auch in Berlin durchzuführen.

Die Fleischnoth vor der Zolltarifkommission.

Nachdem auch die sächsische Regierung, wie im letzten Abendblatte mitgetheilt worden ist, eine Umfrage wegen der Fleischtheuerung angeordnet hat, ist das Vorhandensein einer Fleischnoth im Deutschen Reiche von den Regierungen der fünf größten und maßgebenden deutschen Bundesstaaten offiziell anerkannt worden. Die Redensart von einer vorübergehenden Fleischtheuerung, die mit Vorliebe von den Bevollmächtigten zum Bundesrathe angewendet wird, ist vollkommen nebensächlich; sie soll lediglich den Schoßkindern der deutschen Regierung, den vielgeliebten Agrariern die bittere Pille versüßen, und ebenso nebensächlich sind die agrarischen Argumente des preußischen Landwirthschaftsministers, deren Grundlosigkeit, deren Mangel an beweiskräftigem Zahlenmaterial in der gestrigen Sitzung der Zolltarifkommission des Reichstages sogar von agrarischen Rednern zugegeben werden mußte. Und ungeheuer bezeichnend für den Werth der bisherigen Ausführungen des Herrn v. Podbielski über die „sanitäre" Nothwendigkeit der Viehsperre ist die Thatsache, die er gestern unumwunden zugeben mußte, daß Dank den drakonischen Maßnahmen der russischen Regierung die Einschleppung von Viehseuchen in deutsches Gebiet nahezu **ausgeschlossen** sei.

Durch dieses Bekenntniß hat Herr von Podbielski die deutsche Grenzsperre als das unverhüllt bezeichnet, was sie in der That ist: als eine Maßregel, um zu Gunsten der deutschen Groß-Viehzüchter die Vieh- und Fleischpreise auf einer „angemessenen" Höhe zu erhalten. Die deutsche Regierung hat jetzt die Pflicht, die Grenzen ungesäumt für die Einfuhr russischer Schweine zur Abhülfe der zum Himmel schreienden Fleischnoth zu öffnen.

Dieses werthvolle Bekenntniß des preußischen Landwirthschaftsministers schien dem Grafen Posadowsky gegen den Strich zu geben, zumal der Eindruck, den es auf die Kommissionsmitglieder machte, geradezu sensationell war; der Staatssekretär des Innern beeilte sich, eine Rede über das angebliche Vorhandensein einer Fleischtheuerung in ganz Europa zu halten. Leider werden die „Beweise" des Grafen Posadowsky durch die kolossalen Unterschiede der Fleischpreise in Deutschland und dem Auslande unbarmherzig ad absurdum geführt.

Gegenüber allen diesen Thatsachen, amtlich festgestellten Thatsachen, muß das Auftreten der agrarischen Führer, der Wangenheim, Sieg, Herold in der gestrigen Sitzung der Kommission als ungeheuerlich bezeichnet werden. Zu einer Zeit, wo Millionen Deutscher, die als fleißige Arbeiter schwer um das dürftigste Dasein kämpfen, infolge der Fleischnoth sich elend nähren müssen, wagt es der Führer des Bundes der Landwirthe, im deutschen Reichstage das frivole Wort von der **famosen** Fleischtheuerung zu sprechen, wagt er es, auf Schmalz und thierische Fette den wucherischen Zoll von 30 M. zu fordern! Diese Frivolität wurde noch übertrumpft durch die — Unverfrorenheit des nationalliberalen Rittergutsbesitzers Sieg, der es fertig bekam, die Agrarier, die Grenzsperrlinge, als die wahren Wohlthäter des deutschen Volkes hinzustellen, von einer „Verelendung" des platten Landes zu sprechen.

Als Dritter im Bunde gesellte sich zu dem konservativ-nationalliberalen Paar der ultramontane Agrarier Herold, der ihre Leistungen reizend ergänzte, indem er zugab, daß es dem Agrarierthum bei den Grenzsperren nicht auf die Gesundheit des deutschen Viehbestandes, sondern lediglich auf die Preistreiberei für Vieh und Fleisch angekommen sei. Ihm genügt nicht die Grenzsperre; ohne die erhöhten Vieh- und Fleischzölle ist für ihn der Zolltarif unannehmbar. Werden die katholischen Arbeiter thöricht genug sein, diesen „Volksfreund" und seine frommen Zentrumsbrüder auch in den nächsten Reichstag zu wählen?

Das „Unannehmbar" des Zentrums-Herolds fand sofort ein Echo aus dem Munde des Staatssekretärs des Innern, der die in der ersten Lesung beschlossenen Viehzölle für nicht

---

Nachdruck verboten.

Regenbogen.

Roman von E. Vely.

12)

„Nee, ich kann sagen, daß ich nun wirklich genug habe von der Unbequemlichkeit der Fahrerei, den ewigen Wasserfällen in den steilen Bergen," sagt Bodo von Hugenberg, als er neben Ada auf dem Strandgaden von Bergen hergeht. „Man sehnt sich doch eigentlich wieder nach zivilisirten Verhältnissen. Mir ist die Schweiz lieber — es war dort allenthalben lustiger." Und er hebt eine seiner schönen, jetzt verbrannten Hände und gähnt leise dahinter.

„Ja — a — seine Gründe wird er wohl gehabt haben!

Auch Ada's Gesicht ist von dem steten Aufenthalt in Luft und Sonne von frischeren Farben belebt.

„Bergen gerade gefällt mir besonders," sagt sie mit einem Ton, aus dem ein leiser Eigensinn klingt. „Es ist ungemein malerisch und hat doch viel „Historisches"."

Sie sieht gut aus in ihrem einfachen Reisekleid und in ihrer Haltung liegt mehr Bestimmtheit, als früher. Der feine, kleine Kopf und der biegsame Hals recken sich freier aus den Schultern hervor, hochgetragener.

Bodo von Hugenberg erscheint ohne seine Uniform nachlässiger im Gang; er behagt sich im Bummeln, in seiner „Verkleidung", wie er gerne betont. Er tippt nachlässig gegen ein paar Steine und wirft eine ausgerauchte Zigarette weg.

„Könnte eine Gouvernante eben in der Lektion gesagt haben! Malerisch! wenn Du von der Tyskebryggen mit ihrem alten Gerümpel begeistert bist und keine Empfindung dafür hast, daß man die ganze Nase voll von Stockfischgeruch bekommt, das ist am Ende Deine Sache. Den Geschmack theil' ich nun einmal nicht. Das Beste an Bergen ist, daß es die Vorstation von Hamburg ist, wo man wieder gutes Essen bekommt, Menschen sieht. Ich meine Leute, die zu leben wissen, die was von Komfort begriffen haben."

Ada läßt ihre Blicke über den blauen Himmel gleiten, den Nadelwald großer und kleiner Schiffe, die feinen Bergkonturen — und sagt nichts.

Bodo steht einen Augenblick still, um sich wieder eine Zigarette anzuzünden. „Verzeih! das einzige Mittel, mit seinen Geruchswerkzeugen in diesem „Hamburg des Nordens" fertig zu werden. Oder heißt es „das nordische Venedig?"

„Man kann beides sagen."

„Danke unterthänigst," antwortet er mit ironischer Verbeugung. „Wär' ich ein Schulrath, so prämiirte ich Dich. Die kleine Hugenberg hat erstaunlich viel gekonnt."

„Als ich noch Ada Solling hieß, waren meine Lehrer mit mir auch zufrieden."

„Hm! ja!" er lacht und kneift die Augen zusammen. „Du lehnst Dich eigentlich gegen Deinen jetzigen Lehrmeister und Erzieher damit auf."

Eine Blutwelle geht über ihr Gesicht, sie macht ein paar hastige Schritte.

„Also, habe ich recht. Die Unhöflichkeit, nicht zu antworten, sagt doch genug."

„Ich wüßte nicht, was darauf zu erwidern gewesen wäre!"

„O, meine Liebe — genug! Den Trotz habe ich allerdings nicht in Dir gesucht. Er ist eine Ueberraschung. Ich weiß auch nicht," und seine Züge werden ernster, und eine Art Drohen kommt in die Stimme, „ob ich ihn mir noch sehr lange werde gefallen lassen."

„Was hast Du denn in mir gesucht und gesehen?" fragt die junge Frau und bleibt stehen und richtet die großen Augen auf ihn, der nun auch seine Schritte hemmt.

„Frage!" achselzuckt er. „Ein junges, verliebtes Ding —"

„In den schönen Hugenberg verliebt, wie es schon so viele waren. Du hast es mir in diesen Wochen oft genug erzählt." Und es blitzt so spöttisch in ihren Augen auf, wie er's auch noch nicht wahrgenommen hat.

„Aus — erzieherischen Gründen, kleine Frau. Weißt schon. Sein Licht muß man nicht unter den Scheffel stellen. Manch' Eine hat Dich beneidet und wird es auch ferner thun. Du mußt doch nun wissen, wie das Leben ist. Nicht so, wie Du es Dir in Deinem Mädchenhirn vorspiegeltest.

Ach, ganz anders ist die Wirklichkeit. Ich weiß ja, wie dumm und romantisch meine Schwestern sind. Und daß ich bei einem wohlerzogenem Mädchen, wie Dir, auf einen Kampf zwischen Phantasie und Wahrheit gefaßt sein mußte — ja — das nahm ich an. Aber Du," es kommt zwischen seinen Zähnen hindurch, halblaut: „Du hast mir den Sieg zu keinem schmeichelhaften gemacht; wahrhaftig nicht."

Ganz in Glut ist das stolze junge Gesicht getaucht, sie athmet hastig; ihre zitternde Hand läßt den Sonnenschirm fallen. Sofort hebt er ihn auf. Ada nimmt ihn und öffnet ihn. Ihr Gesicht ist ihm dadurch verborgen. Er lächelt vor sich hin. Wenn ihn sein aufwallender Zorn verlassen hat, ist es ihm ein Zeitvertreib, sie ein wenig zu quälen. Heilsam für sie. Er ist ganz andern Frauenumgang gewohnt. Lustiges Kameradinnen-Lachen! Uebermuth und an den Halsspringen! Dann mal 'ne Szene. Diese gleichmäßige Wohlerzogenheit ist wahrhaftig keine Unterhaltung, und diese sogenannten Flitterwochen könnten feinetwegen zu Ende sein. So denkt manch erfahrener Lebemann gewiß. Aber, jeder, der sich rangiren will und muß, dem bleibt dies Angewöhnen an ein Pflänzchen aus dem Treibhause der Wohlerzogenheit nicht erspart. Und sie geben alle gute und solide „Hausehren", wie man sie in bester Gesellschaft braucht.

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Theil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

durchführbar erklärte. Die prompte Antwort der agrarischen Kommissionsmehrheit bestand in der Bestätigung dieser Zollerhöhungen.

Nachdem in der Nachmittagssitzung der Zentrumsabgeordnete Sittart persönlich seinem ultramontanen Grauen vor dem Herold'schen Ueberagrariertthum durch die Anerkennung der Fleischnoth Ausdruck verliehen hatte, erklärte der Abgeordnete Graf Kanitz ganz munter: „Was kümmern die Landwirthschaft Handelsverträge.“ Wenn sie nur mit vollen Löffeln essen kann, möge alles andere verhungern. Das war das Leitmotiv der Rede des Grafen Kanitz, der auch zur Verhütung des Abschlusses von Handelsverträgen dem Kaiser das verfassungsmäßige Recht nehmen will, Verträge zu schließen. Man sieht, das Wort hat immer noch für die Konservativen Geltung:

Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen thut.

Doch die Situation ist zu bitter ernst, um zu scherzen. Die Konfusion, die Zerfahrenheit hat ihren höchsten Grad erreicht. Will die Regierung immer noch weiter zu sehen, wie das deutsche Reich durch den agrarischen Zollrummel vor dem Auslande blamirt wird? Oder wird sie endlich den Zolltarifentwurf, von dessen unausbleiblichem Fiasko sie überzeugt sein muß, zurückziehen?

Ueber 100 000 Petitionen gegen den Zolltarif! Ein 14. Verzeichniß von Petitionen zum Zolltarif, die seit dem 21. Juli beim Reichstage eingegangen sind, erhöht die Gesammtzahl auf 116 797. Es befinden sich darunter Bittschriften von zehn Handelskammern (Breslau, Schweidnitz, Liegnitz, Koblenz, Leipzig, Flensburg, Halle a./S., Barmen, Regensburg und Lüneburg), 5 bezw. 20 städtischen Körperschaften: Dresden, Eichwege, Kassel (hessischer Städtetag), Potsdam und Bärenstein (für 16 Gemeinden der sächsisch-böhmischen Grenze) und etwa 14 Vereinen und Verbänden bestimmter gewerblicher Branchen.

Kündigung des russisch-deutschen Handelsvertrages? Die Wiener „N. Fr. Pr.“ meldete gestern, daß die russische Regierung die Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland beabsichtige.

Eine Anfrage in Berlin hat indessen diese Nachricht nicht bestätigt.

Graf Bülow in der Klemme. In parlamentarischen Kreisen hört man, der „Freis. Ztg.“ zufolge, die Ansicht äußern, daß Graf Bülow persönlich den Agrariern eine Erhöhung der Getreidezölle um 50 Pf. über die Regierungsvorlage hinaus zugesagt habe, hierfür aber ebenso wie bei seiner Befürwortung der Gewährung von Diäten die Zustimmung des Kaisers nicht erlangt habe und sich auch nicht getraue, eine solche formell nachzusuchen.

Was die Fleischer und die Fleischverbraucher wollen. In dem als Antwort auf die agrarischen Entstellungen jetzt erschienenen Flugblatt des Deutschen Fleischerverbandes heißt es:

Wir fordern ausdrücklich, daß nur absolut gesundes Vieh eingeführt werde, daß dieses Vieh an der deutschen Grenze von einem deutschen Thierarzt noch einmal auf seinen Gesundheitszustand untersucht, dann in plombirten Wagen nach den städtischen Schlachthöfen gebracht und dort geschlachtet werde. Vieh, das unter diesen Vorsichtsmaßregeln eingeführt wird, kann uns niemals eine Seuche bringen. Das ist nicht blos eine Behauptung, sondern kann durch Thatsachen unwiderleglich bewiesen werden. Denn noch niemals ist durch die in den oberschlesischen Industriebezirk eingeführten Schweine oder durch das aus Oesterreich eingeführte Rindvieh, für welche Thiere die erwähnten Vorschriften bereits gelten, eine Seuche bei uns hervorgerufen worden. Eine Seuchengefahr besteht also nicht im geringsten, wenn unter diesen Schutzmaßnahmen die Einfuhr von Schlachtvieh gestattet wird. Die gegentheilige Behauptung ist ein hohles Gespenst, mit dem die Agrarier die Bevölkerung graulich machen wollen, um sich die Konkurrenz des ausländischen Viehes vom Halse zu halten. Als letztes Argument gegen die Vieheinfuhr machen schließlich die Agrarier geltend: Die Schlachtviehpreise seien in den anderen Ländern so hoch, daß auch nach Oeffnung der Grenzen eine Einfuhr von dort nicht stattfinden könnte. Wenn sie das glauben, dann ist ja auch ihre Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes nicht begründet, dann können sie ja um so eher ihren Widerspruch gegen die Oeffnung der Grenzen fallen lassen. Wir fassen unsere Ausführungen gegenüber dem Flugblatte des Bundes der Landwirthe dahin zusammen: In Deutschland besteht ein Mangel an Schlachtvieh, namentlich an reifem Schlachtvieh und insbesondere an Schweinen. Die Unterstellung, daß das deutsche Fleischergewerbe den Viehmangel fingirte, um die Fleischpreise zu erhöhen, ist eine schmachvolle Verleumdung; die Wirkung des Viehmangels ist eine solche Steigerung der Viehpreise, daß es weiten Schichten des Volkes unmöglich ist, sich den Fleischgenuß in dem nöthigen Maße zu verschaffen. Darunter leidet die Wehrhaftigkeit und die wirthschaftliche Konkurrenzfähigkeit des deutschen Volkes; daraus droht ihm in Besonderen eine ernste Gefahr für den wirthschaftlichen Bestand des alten, schwer und redlich arbeitenden Fleischerhandwerks. Diese Verhältnisse verlangen gebieterisch, daß die Zufuhr von Schlachtvieh aus unseren viehreichen Nachbarstaaten in größerem Umfange als bisher ermöglicht wird, und zwar soll dies unter solchen Sicherungsmaßregeln geschehen, die jede Bedrohung des heimischen Viehstandes mit Seuchengefahr ausschließen.

Diese Forderungen bilden eine Ergänzung zu dem Leitartikel dieser Nummer, der sich mit der Fleischnoth beschäftigt.

Gegen die Fleischnoth geht die badische Regierung am nachdrücklichsten vor. Der badische Minister des Innern hat am Montag die Oberbürgermeister von Karlsruhe und Mannheim empfangen, die als Vertreter der vor einigen Tagen abgehaltenen Konferenz der badischen Oberbürgermeister deren Anschauungen über die Fleischpreissteigerung darlegten. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Reichskorresp.“ hätte der Minister anerkannt, daß nach den bisherigen, übrigens noch nicht endgiltig ermittelten Ergebnissen der auf Anordnung des Ministeriums des Innern erfolgten Feststellungen der Markt- und Preisverhältnisse ein gewisser Rückgang des Auftriebs, insbesondere von Schweinen, und eine Steigerung der Fleischpreise nachgewiesen sei, und erklärt, daß die Regierung in eine Prüfung der Frage eingetreten sei, ob nicht etwa durch eine Milderung der bestehenden Vorschriften die Möglichkeit einer Einfuhr lebender Schweine herbeizuführen sein werde.

Die Stadtverordneten von Frankfurt a. M. haben beschlossen, unter Zustimmung des Magistrats gemeinsam mit diesem eine Petition an den Reichstag zu richten, die sich für die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen für Schweinefleisch, amerikanisches Büchsenfleisch und Würste verwendet.

Wann wird Herr v. Podbielski das Beispiel seines badischen Kollegen befolgen?

Die agrarischen Flunkereien werden immer toller. Wie windig es in Wahrheit bestellt ist mit den marktschreierischen Anbietungen von Schlachtvieh seitens der agrarischen Zentralstelle für Viehverwerthung, zeigt in drastischer Weise wieder einmal folgender Fall. Vom Vorsitzenden der Zentralstelle, Oberamtmann Ring, wurde dem Obermeister Eitel in Düsseldorf mitgetheilt, daß bei einem Gutsbesitzer in Langenhorst bei Bielefeld 100 fette Schweine zum Verkauf stehen. Obermeister Eitel bat darauf, wie die „Allg. Fleischer-Ztg.“ mittheilt, den Obermeister v. d. Rahmer in Bielefeld um Auskunft, ob das angebotene Vieh bei dem Gutsbesitzer auch wirklich vorhanden sei. Und was stellte nun Obermeister v. d. Rahmer fest? Bei dem Gutsbesitzer in Langenhorst standen nicht 100 fette Schweine, sondern überhaupt gar kein fettes Schwein zum Verkauf; der Gutsbesitzer bat dagegen, ihm selbst ein fettes Schwein nachzuweisen, da er ein solches nöthig brauche!! Die Zentralstelle für Viehverwerthung bietet bekanntlich durch große Inserate in den Zeitungen Verkaufslisten von 11 000 Stück sofort greifbares Schlachtvieh an; wir haben von vornherein bezweifelt, daß dieses Vieh thatsächlich vorhanden ist; aber daß so wenig dahinter steckt, wie sich jetzt herausgestellt, das haben wir selbst nicht geglaubt. Nach den Erfahrungen, die mit den Offerten der Viehverwerthungsstelle gemacht sind, kann man ihr Treiben nur als Unfug bezeichnen.

Ein Wreschener Nachklang. Aus Posen, 24. September, meldet uns ein Privattelegramm:

Heute fand bei dem Rechtsanwalt Wolinski, dem Vorsitzenden des bekannten Wreschener Unterstützungskomités, eine mehrstündige Haussuchung auf Antrag des Staatsanwalts statt. Eine Reihe von Papieren wurde beschlagnahmt. Bezweck soll damit unter anderem die Feststellung werden, ob das Komité der Frau Piaseckа bei ihrer Flucht Beihilfe geleistet hat.

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hielt gestern in Köln eine Delegirtenversammlung ab und beschloß auf dieser ein Reglement für das zu errichtende Internationale Arbeitsamt, das in den Hauptzügen besagt: Das Internationale Arbeitsamt ist ein wissenschaftliches Institut. Es hat die ihm durch das Statut der Internationalen Vereinigung bezw. die ihm auf grund des Statuts durch das Komitee der Vereinigung zugewiesenen Aufgaben durchzuführen. Das Internationale Arbeitsamt wird den Charakter strengster politischer Neutralität wahren. Des weiteren wurde ein Beschluß gefaßt, worin die Versammlung das Verbot der Nachtarbeit für Frauen grundsätzlich für gerechtfertigt erklärt und eine Kommission beauftragt, diesem Verbot Geltung zu verschaffen. Ferner gelangte eine Erklärung zur Annahme, in der die Einsetzung einer Kommission beschlossen wurde, die Mittel und Wege suchen soll, um ein die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Phosphors und des Bleiweißes behebende Einschränkung der Verwendung des weißen Phosphors und des Bleiweißes herbeizuführen, und die den Gebrauch des Bleiweißes soweit als möglich unterdrücken soll. Das Bureau soll dahin wirken, daß die Staats- und Gemeindebehörden bei den von ihnen zu vergebenden öffentlichen Arbeiten die Verwendung des Bleiweißes gänzlich verbieten. Schließlich wurde Basel als Ort für die nächste Tagung gewählt und danach die Versammlung geschlossen.

Auch die da an seiner Seite. Sie sind vertrauensselig und man braucht sich nicht den geringsten Gedanken zu machen in Bezug auf jede erdenkliche Korrektheit. Sehr was Angenehmes! Und in dieser Stimmung sagt er: „Bist doch nicht böse, Frauchen? Ich bin zum Glück ein Sanguiniker und — na — genug! Ich will Dir zu Liebe sogar noch einen Tag in Bergen bleiben und Ausflüge machen nach all den Orten mit den wunderlichen Namen. Das einzige Malerische, was mir begegnet ist, sind die Kellnerinnen in der Landestracht. Kühle, blonde Geschöpfe — aber ob der Gletscherhastigkeit zu trauen gewesen wäre, hätte ich mit eingehenden Studien geprüft, wäre meine kleine hübsche Frau nicht Studienobjekt genug.“

Er zieht ihren Arm in den seinen.

„Sage mal, Fjelvei oder Klöifeldet — was beliebt die Frau Baronin? Du hast natürlich schon in Deinem Reisebuch gelesen, daß die Aussicht großartig, ganz überwältigend ist, und da Du eine gründliche Norddeutsche bist, willst Du Dich überzeugen. Jedenfalls dringt der Stockfischgeruch nicht hinauf zu den Höhen. — Na, wie sagt Schiller — da irgendwo? Du willst mir nur nicht aushelfen, Du bist eine eigensinnige kleine Kreatur. Ein Dickschädel würde ich es bei einem Manne nennen — aber, „geb' den Weibern zart entgegen“, singt auch wer und ist meine Parol. Nen' Goldschmuck hab' ich Dir doch auch versprochen. Erinnere mich dran.“ Sie weiß, sie wird es nicht thun. Seine Freigebigkeit macht ihr kein Vergnügen, seitdem er ihr einmal, als sie sich bedankte und meinte, er solle für sie nicht so viel ausgeben mit seiner zu brutalen Offenheit sagte: „Laß man. Die Reisekasse hat der alte Solling gefüllt. Ich bitt' Dich — ich bin ein armer Leutnant.“

Ueber so viel hat sie schon nachgedacht, so viel — seit den paar Wochen, daß sie mit ihm fortfuhr vom Vaterhause.

Sie sind beinahe in der Nähe des Hotels, da sagt sie: „Ich hänge wirklich nicht an den Ausflügen. Laß uns nur nach Hamburg fahren. Ich bin beinah sehensmüde.“

„Wirklich? Kind, das is'n vernünftiges Wort. Das behalt ich. Hamburg, hübsches Nest! Ich bin da schon so vergnügt gewesen. Mein Kamerad Fries hat eine Hamburger Großkaufmannstochter. Er sprach immer von seiner Schwägerin, weißt Du — sagen wir, sie sollte das Glück nicht haben.“ Bodo von Hugenberg war Dir vom Schicksal bestimmt.“

„Ja — ja!“ antwortet sie in einem seltsamen Tone. Auf einer Tour in den Bergen hatten deutsche fußwandernde Studenten ein Lied gesungen, und sie war wie gebannt gewesen. Sie hatte den Kutscher halten lassen, um es noch länger zu hören. „Ein dummes Vierlied!“ hatte ihr Mann erklärt. „Wie sentimental so eine Siebzehnjährige sein kann!“

Sie hatte gedacht, daß es einen gäbe unter den Studenten, der bei den Daheimgebliebenen säße, da unten im fernen Göttingen. Der war zu arm, um lustig durch die Welt zu wandern und auch zu traurig. Sie stiegen die Hoteltreppe hinauf, und sie nimmt in ihrem Zimmer den Hut ab. Ihr Mann sieht erst selbstzufrieden in den Spiegel; ja, er gefällt sich immer. Eine Melodie trällernd, nickt er sich zu und zieht an seinem Shlips.

Heiteres.

Gewissenhaft. „Was sagen Sie dazu, Freund? Mein Kassirer hat den Betrag, mit dem er mir durchgebrannt ist, selber auf dem Verinstkonto gebucht!“

Aus dem frommen Bayern schreibt man uns: Aus einer soeben veröffentlichten Statistik über den Stand der öffentlichen Stiftungen in Bayern ergiebt sich, daß die Stiftungen für Kultuszwecke ca. 180 Mill., die für Unterricht dagegen nur 69,8 Millionen betragen. Ganz besonders auffällig ist dieses eigenthümliche Verhältniß in der Pfalz, wo die Summen für den Kultus mehr denn 8mal so groß sind, als für Unterricht, und in Niederbayern, wo sie gar 10mal so groß ist. Wenn nun aber Jemand meinen sollte, daß in diesen Bezirken auch ein dementsprechend frommes und sittliches Leben herrscht, dann wird er nach einem Einblick in die Kriminalstatistik bald eines besseren belehrt werden. Die fromme Pfalz marschirt an der Spitze der kriminell am meisten belasteten Bezirke des Reichs, auf je 10 000 Personen der strafmündigen Zivilbevölkerung kamen im ganzen Reichsgebiet im Durchschnitt der Jahre 1883/1897 107,5 Verurtheilte, in der Pfalz dagegen 162,4. Besonders auffällig sind die hohen Zahlen der Verurtheilungen wegen gefährlicher Körperverletzung; hier übertrifft die Pfalz sogar die hohen Ziffern von Ost- und Westpreußen. — Aehnlich ungünstig sind die Kriminalitätsverhältnisse in Ober- und Niederbayern, während sie in den Gegenden, wo mehr für den Unterricht und weniger für die Kirche gespendet wird (z. B. Unterfranken) bedeutend günstiger sind. — Wie lange es wohl noch dauern wird, bis man daraus die nöthigen Lehren zieht?

Eisenbahn-Personentarif-Reform in Sachsen? Wie der „Magd. Ztg.“ von Dresden mitgetheilt wird, soll die sächsische Staatsregierung die Durchführung einer Personentarif-Reform in ihrem Staatsbahngebiete endgiltig beschlossen haben. Sie will damit thunlichst bald, und zwar auch in dem Falle vorgehen, daß andere Eisenbahnverwaltungen, namentlich aber die preußischen Staatsbahnen, sich zunächst noch abwartend verhalten sollten. Die Reform soll in folgenden Maßnahmen bestehen: Beseitigung aller Rückfahrkarten, Herabsetzung des Preises für einfache Karten auf die Hälfte der jetzigen Rückfahrkartenpreise, Erhebung eines Zuschlages für die Benutzung von Schnellzügen, Abschaffung des Freigepäcks und Ermäßigung der Gepäckfracht.

Die Klerikalen Frankreichs jammern wegen eines drohenden Schismas. Die Libre Parole greift mit der an ihr bekannten maßlosen Wuth die Bischöfe Zuzet und Le Nordez an, die mit drei anderen nicht genannten Prälaten zusammen die Maßnahmen der Regierung gegen die Kongregationen billigten. Sie erzählt, daß die fünf „Abtrünnigen“ vor der Schließung der Ordensschulen eine Einladung bei dem Ministerpräsidenten Combes angenommen hatten und dort einen ihnen verlesenen Entwurf eines bürgerlichen Eides für die Geistlichkeit billigten. „Sie wußten also sehr gut, weshalb sie da waren“, fährt die Libre Parole fort:

„Sie nahmen es somit hin, ein wahres Schisma vorzubereiten, den Bürgerkrieg in der ihnen anvertrauten Heerde zu schüren, während die Treuesten ihrer Heerde, die wackeren Bretonen, die Schweizern gegen die Gendarmen, die Polizei und die Soldaten vertheidigten und sich gegen den Gedanken aufbäumten, ihre Kinder in den sogenannten Laienschulen zum Protestantismus bekehren zu lassen. Msgr. Le Nordez wird es nicht in Abrede zu stellen wagen, daß er nach diesem Modele, bei dem das Schisma vorbereitet wurde, allen denen, mit denen er zusammenkam, die Güte und den durchdringenden Verstand Combes' zu loben anhub. Er soll selbst erklärt haben, es sei sehr beklagenswerth, daß Combes nur fünf Bischöfe auf seiner Seite hätte.“

Weiter weiß das Blatt Drumont's zu berichten, daß eine hochgestellte Persönlichkeit der römischen Kurie, als die Nachricht von diesem Zusammentreffen der fünf Bischöfe bei dem Ministerpräsidenten bekannt wurde, erklärt hätte: „Der Papst wagt nicht einzuschreiten; er ist der Bischöfe nicht sicher, von denen einige im Begriffe stehen sollen, ein Schisma hervorzurufen.“

Der Aufruf der Burengenerale, den wir unter den Letzten Nachrichten des Abendblattes auszugsweise wiedergaben liegt jetzt im Wortlaute vor. Es heißt darin:

Es wird der ganzen Welt noch frisch im Gedächtniß liegen, wie die Buren nach einem über zwei und ein halb Jahr andauernden Krieg für ihre Unabhängigkeit endlich gezwungen wurden, durch Vermittlung ihrer Abgeordneten die ihnen von der englischen Regierung Seiner Majestät des Königs Eduard VII. vorgelegten Friedensbedingungen zu Vereinigung anzunehmen.

Gleichzeitig wurden wir von den Abgeordneten beauftragt, uns nach England zu begeben, zu dem Zwecke, an erster Stelle unsere neue Regierung um Milderung des ungeheueren Elends zu ersuchen, das weit und breit in allen neuen Kolonien herrscht. Gelänge dies nicht, so sollten wir an die Humanität der gebildeten Welt appelliren und um mildthätige Unterstützung bitten.

Bis jetzt aber sind unsere Berichte bei der englischen Regierung fehl geschlagen, und da die Noth unbeschreiblich groß ist, so bleibt uns nichts übrig, als uns an alle Nationen von Europa und Amerika zu wenden.

In den gefahrvollen Tagen, die wir durchzukämpfen hatten, war es für uns und die Unsrigen ein wonniges Gefühl, als wir fortwährend Beweise der Sympathie aus allen Theilen der Welt empfingen.

Die von allen Welttheilen zugeströmten pekuniären und sonstigen Unterstützungen für unsere Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern, sowie für die Gefangenen in allen Erdtheilen, haben unendlich viel dazu beigetragen, das harte Schicksal dieser armen Unglücklichen zu erleichtern, und wir ergreifen diese Gelegenheit, im Namen des Volkes beider früheren Republiken unseren innigen Dank abzustatten allen denjenigen, die uns früher mildthätig unterstützt haben.

Das kleine Burenvolk kann niemals die Hilfe vergessen, die man ihm in den trüben Stunden seiner Verirrung geleistet hat.

Das Volk beider Republiken hatte alles aufgeboten für seine Unabhängigkeit, und jetzt, nach vollendetem Kampfe, steht es vollständig ruinirt da!

Obgleich wir nicht in der Lage waren, genaue Angaben der in beiden Republiken angerichteten Verheerung zusammenzustellen, so sind wir doch infolge unserer persönlichen Sachkenntniß überzeugt, daß wenigstens dreißigtausend Häuser in den Wohnstätten der Buren und außerdem eine beträchtliche Anzahl Dörfer von den Engländern während des Krieges verbrannt oder vollständig zerstörtet sind.

Unsere Wohnungen sammt allem Mobiliar sind eingeäschert oder zerschmettert, unsere Fruchtbäume gefällt und zerstört, alle Landbaugeräthe zerstückelt, Mühlen vernichtet, jedwedes Thier entführt oder getödtet und uns — blieb leider nichts übrig! Das Land ist eine Wüste! Der Krieg hat auch viele Schlachtopfer gefordert und das Land wiederhalt von den Wehklagen der Wittwen und Waisen!

Ueberdies brauchen wir nicht daran zu erinnern, was in Zukunft für die Erziehung der Kinder erforderlich sein wird.

In dieser bedrängten Noth wenden wir uns an die ganze zivilisirte Welt mit der Bitte, durch mildthätige Beiträge unseren Wittwen und Waisen, unseren Verstümmelten und anderen Hilfsbedürftigen zu helfen und unseren Kindern gehörigen Unterricht angedeihen zu lassen.

Wir weisen auf die schrecklichen Folgen des Krieges hin, um die ganze Welt von unseren großen Bedürfnissen in Kenntniß zu setzen, und demgemäß, um die Gemüther Aller zu erschüttern. Das Schwert ruht jetzt in der Scheide, und alle Differenzen schweigen in der Anwesenheit solch ungeheuren Elends.

Der durch den Krieg verursachte Schaden ist unbeschreiblich groß, so daß die kleine Summe, welche England den Friedensbedingungen gemäß verabreichen wird, selbst wenn sie verzehnfacht wäre, durchaus unzugänglich sein wird, um auch nur die Kriegsverluste zu decken.

Die Wittwen und Waisen, die Verstümmelten, die Hilfsbedürftigen und unsere Kinder, zu deren Gunsten wir ausschließlich diesen Aufruf

ergehen lassen, werden also davon sehr wenig und in den meisten Fällen nichts genießen.

Alle Beiträge werden in eine Kasse eingezahlt werden, „Est Generale Boeren-Hulp-Fonds" genannt, und dieser Fonds wird ausschließlich zur sofortigen und zukünftigen Bestreitung der Bedürfnisse derjenigen Personen angewendet werden, für welche die Beiträge eingesammelt werden.

Wir bitten freundlichst um ein inniges gemeinschaftliches Vorgehen der bestehenden Komitees in den verschiedenen Ländern von Europa und Amerika, und stehen im Begriff, diese Länder der Reihe nach zu besuchen, um eine entsprechende Organisation zu veranstalten und zu fördern.

Louis Botha. C. R. de Wet. J. H. de la Rey.

Der Vandalismus der Kitchner'schen Kriegsführung wird hier noch einmal durch einfache Feststellung der Thatsachen vor Augen geführt.

Roosevelt's Operation wurde in den offiziellen Mittheilungen als eine sehr leichte und sein Befinden als ein ausgezeichnetes geschildert. Privatnachrichten fechten diese Darstellung an. Newyorker Aerzte befürchten danach eine bösartige Schienbeinentzündung.

— Der **Aufenthalt des Kaiserpaares in Rominten** ist, wie der „Reichsb." erfährt, auf etwa zehn Tage berechnet. Auf der Rückreise von dort wird in Kadinen auf einige Tage Wohnung genommen und im Anschluß hieran auch dem Hochschlosse in Marienburg und der Leibhusaren-Brigade in Langfuhr ein kurzer Besuch abgestattet werden. Nach Einnahme des Diners im dortigen Offizierkasino wird die Rückreise nach Berlin und Potsdam angetreten.

— Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern" hat, wie der „Hamb. Korr." aus Kiel erfährt, Ordre, am 5. bezw. 6. November seeklar für die **Reise des Kaisers nach England** zu sein, von wo die Heimkehr Mitte des Monats erfolgen soll. Ueber eine Mittelmeerreise des Schiffes ist hier bisher nichts bekannt.

— Wie aus Dresden gemeldet wird, ist **Kronprinz Friedrich August von Sachsen**, Generalleutnant und kommandirender General des zwölften Armeekorps, zum **General der Infanterie** befördert worden.

— Der Staatssekretär des Reichs-Postamts **Kraetke** ist vom Urlaub hier angekommen.

— **Das Befinden des Oberpräsidenten von Goßler** in Danzig läßt neuerdings wieder viel zu wünschen übrig, es scheint sogar, daß man mit einer kritischen Wendung in dem Gesundheitszustande rechnen muß. Wie ein hiesiges Lokalblatt meldet, erkundigte sich der Kaiser sofort nach seiner Ankunft in Rominten telegraphisch unter dem Ausdrucke seines Mitgefühls nach dem Befinden des schwerkranken Oberpräsidenten.

— Der Generaldirektor der badischen Staatseisenbahnen, Staatsrath **Eisenlohr**, tritt, wie man der „T. Rdsch." schreibt, sicherem Vernehmen nach in allernächster Zeit in den Ruhestand. Mit der einstweiligen Vertretung ist Direktor Roth betraut.

Hamburg, 24. September. In dem zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft einerseits und der Bootlinie andererseits abgeschlossenen Vertrage wird bestimmt: Die englische Gesellschaft zieht sich von den deutschen Häfen zurück, während die deutschen Gesellschaften die Konkurrenzfahrten von Liverpool und Newyork aus einstellen.

Paris, 24. September. Marineminister **Pelletan** ist heut hierher zurückgekehrt. Zu seiner Begrüßung waren mehrere Mitglieder der französisch-italienischen Liga auf dem Bahnhof erschienen. Diese sprachen dem Minister die Versicherung aus, daß es nicht seiner letzten Erklärungen bedurft hätte, um sie davon zu überzeugen, daß er stets ein Freund der italienischen Demokratie geblieben sei.

Commentry, 24. September. Der Kongreß der französischen Grubenarbeiter ist heute hier zusammengetreten. Anwesend sind 55 Telegirte, welche 49 Berufsvereine vertreten.

Christiania, 24. September. „Aftenposten" meldet: Sir Clements Markham, der Präsident der Britischen Geographischen Gesellschaft, hat an Dr. Hans Reusch ein Schreiben gerichtet, in welchem er Sverdrup's Expedition als die glücklichste und beste arktische Expedition zur Untersuchung von Land bezeichnet und meint, die Expedition werde die werthvollsten Ergebnisse haben, die jemals von einer solchen Expedition seit Franklin erreicht worden seien. Die Expedition Sverdrup's und Staachen's umfaßten zusammen 372 Reisetage, in welchen sie 3000 englische Meilen zurücklegt und 1500 Meilen neuentdecktes Land durchquert hätten. Außer diesen Expeditionen seien noch andere wichtige Reisen unternommen worden. Sverdrup habe Kane, Hayes, Hall, Greely und Baldwin überflügelt.

Sofia, 24. September. General **Zontschew**, der ohne Genehmigung der Behörden hierher zurückkehrte, ist sofort verhaftet worden.

Zolltarifkommission.

100. Sitzung vom 25. September.

(Schluß.)

Nach der Frühstückspause wird die Berathung der Vieh- und Fleischzölle fortgesetzt.

Zunächst nimmt das Wort Abg. **Sittart** (Z.): Wie die Fraktion denke, habe Abg. **Herold** nicht erklärt, sondern nur seine persönliche Ansicht über die Ansichten des Zolltarifes geäußert. Für sich persönlich erkläre er, Redner, daß er Ausnahmebedingungen angesichts der herrschenden Fleischtheuerung an der Grenze für nöthig halte. Was in Oberschlesien gestattet sei, müsse auch anderswo, speziell in seinem Wahlkreise zugebilligt werden. Es sei doch besser, wenn das Schlachtvieh lebend, als geschlachtet importirt werde. Von einer aus Holland drohenden Seuchengefahr könne keine Rede sein. Die Fleischtheuerung in Aachen sei unerträglich.

Ein Schlußantrag Heim wird abgelehnt.

Abg. **Gamp** (Rpt.): Holland sei stark verseucht. Der einzige preisregulirende Faktor gegenüber dem Steigen des Weltmarktpreises sei die heimische Produktion. Spätestens im Frühjahre würden wir eine kolossale Ueberproduktion in Schweinen und einen gewaltigen Preissturz in Schweinefleisch (Na, nal Die Red.) haben. Mit fremden Staaten Handelsverträge abzuschließen, sei sehr leicht, aber Handelsverträge mit den Zollsätzen der Vorlage würden zweifellos von jedem Deutschen Reichstag abgelehnt werden. Mit dieser Thatsache müsse die Regierung doch rechnen, wenn sie praktische Politik treiben wolle. Ohne hohe Viehzölle sei jeder Zolltarif für seine Freunde unannehmbar.

Landwirthschaftsminister **von Podbielski** erklärt, in Holland nehme die Schweineseuche zu und Klauenseuche herrsche dort fortdauernd.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Die ländlichen Arbeiter verlören durch das Krepieren eines Schweins den Arbeitslohn von 100 bis 150 Tagen. — Zu der Erklärung des Grafen Posadowsky bemerke er: „**Der Zolltarif ist die Hauptsache, die Handelsverträge sind Nebensache.**" Die Landwirthschaft habe an Handelsverträgen, ähnlich den heutigen, nichtdas mindeste Interesse. Im Gegentheil! Damit die Eisen- und Textilindustrie, ihre Produkte exportiren könne, brauche die Landwirthschaft doch nicht an ihren Schutzzöllen nachzulassen. Warum sei in der Verfassung ausdrücklich dem Kaiser das Recht eingeräumt, Verträge abzuschließen? Die Bestimmung könne ebenso gut gestrichen werden. Die Handelsverträge hätten bisher nur den Ländern genützt, die den Abschluß von Handelsverträgen abgelehnt haben. Die Zollsätze des Kompromisses seien das Mindeste, was im Interesse der heimischen Viehwirthschaft gefordert werden müsse. Er hoffe, daß die Auffassung, die derzeitig noch im Bundesrathe bestehe, einer besseren Erkenntniß weichen werde. Unsere Landwirthschaftszölle müßten wie die französischen ein Noli me tangere sein.

Abg. **Speck** (Ctr.): Bei seinen Freunden bestehe bei der weitaus überwiegenden Mehrheit nicht die Absicht, von den Mindestzöllen für Vieh und Fleisch abzugehen. In Bahern seien die Fleischpreise viel stärker gestiegen, als die Viehpreise. Die Beschlüsse erster Lesung müßten bestehen bleiben.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Dem Grafen Kanitz müsse er entgegenhalten, daß der Staat in Atome zerfallen würde, wenn Landwirthschaft und Industrie ihrem eigenen Vortheil nachgehen wollten.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Fr. Vgg.) erwidert dem Grafen Kanitz, daß die Landwirthschaft auf die Industrie als kaufkräftigen Abnehmer angewiesen sei. Wenn sich die Regierung von der Vorstellung frei machen würde, daß sie nur mit den Konservativen regieren könnte, so würde sie auch Handelsverträge durchsetzen, die dem Bedürfniß der Bevölkerung entsprächen.

Damit schließt die Debatte.

In der Abstimmung werden (wie schon mitgetheilt) die Beschlüsse erster Lesung, abgesehen von kleinen redaktionellen Aenderungen, aufrecht erhalten.

Es folgt die Berathung der Pos. 114: **Heringe**. Die Kommission hat in erster Lesung Zollfreiheit beschlossen.

Abg. **Herold** (Ctr.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, d. h. Gesalzene Heringe, unzertheilt: in ganzen, halben, Viertel- oder Achtel-Tonnen 3 Mark, in anderer Verpackung 2 Mark.

Abg. **Wolkenbuhr** (Soz.): Hier handele es sich um einen Finanzzoll, der 3 bis 4 Millionen jährlich einbringe. Es sei keine vernünftige Mittelstandspolitik, eine solche Last den kleinen Leuten aufzubürden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Wenn der Heringszoll falle, fliege eine ganze Reihe von Heringsfischerei-Gesellschaften auf. Unsere Fischer hätten gedeckte Logger nöthig, um größere Fahrten zu machen; sie ständen den ausländischen Fischern gegenüber so ungünstig, daß sie ohne Subvention gar nicht existiren könnten. Auf den einzelnen Hering betrage der Zoll nur ½ Pfennig.

Der Antrag Herold wird angenommen.

Pos. 131: **Milch und Rahm**. In der ersten Lesung war für diese Position kein Beschluß zu Stande gekommen. Die Regierungsvorlage verlangte Zollfreiheit.

Hierzu beantragen:

1. Die Abgg. **Herold** (Ctr.) und Graf **Schwerin-Löwitz**, Pos. 131 wie folgt zu fassen:

Milch und Rahm, frisch, auch entkeimt oder peptonisirt, Buttermilch und Molken: Milch 4 Mark, Rahm 20 Mark, Buttermilch und Molken frei.

2. Abg. Frhr. v. **Wangenheim** (kons.) Milch frisch 4 Mark, entkeimt 6 Mark, Rahm frisch 20 Mark, entkeimt 32 Mark.

3. Abg. **Speck** (Ctr.), im Falle der Annahme des Antrages Herold folgende Anmerkung beizufügen: Milch und Rahm, welche zur Verwendung in den an der Grenze gelegenen Alpenwirthschaften eingeführt werden, bleiben zollfrei. Der Bundesrath ist befugt, für bestimmte Grenzstrecken im Falle des örtlichen Bedürfnisses die zollfreie Einfuhr von Milch und Rahm in Mengen von nicht mehr als 5 Kilogramm, nicht mit der Post eingehend, für Bewohner des Grenzbezirks nachzulassen."

Abg. **Herold** (Ctr.): Der Beschluß, Milch verzollt, Kuhmilch zollfrei, sei doch nicht zu halten. 3 Mark sei der unbedingt nothwendige Mindestzoll. Um aber für den Abschluß von Handelsverträgen einen Spielraum zu lassen, empfehle er einen Zoll von 4 Mark für Milch, und von 20 Mark für Rahm.

Abg. **Speck** (Ctr.) erklärt, nur für den Milchzoll als Kompensationsobjekt stimmen zu wollen; aber auch dieses thue er, wenn für den Grenzverkehr der Milch Zollfreiheit gewährt werde.

Direktor **Wermuth**: Die Einführung eines Milchzolles sei für die heimische Viehwirthschaft bedeutungslos, erschwere aber den Grenzverkehr. Prozentual sei der beantragte Zoll unverhältnißmäßig hoch: gegenüber einem Werth von 9 Mark ein Zoll von 4 Mark! Milch und Rahm seien auch zolltechnisch nicht zu scheiden.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Fr. Volksp.) weist darauf hin, daß der Antrag Wangenheim einen Schutz der Mikroben bedeute, denn das bedeutet 4 Mark für gewöhnliche Milch Zoll und 6 Mark für entkeimte. Das heiße doch eine Exportprämie von 2 Mark auf Seuchenmikroben setzen.

In der Abstimmung wird die Regierungsvorlage (Zollfreiheit) wieder hergestellt.

Die Abschnitte D (Erzeugnisse landwirthschaftlicher Nebengewerbe) und E (Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) werden debattelos nach den Beschlüssen erster Lesung genehmigt.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

(Schluß 5¼ Uhr.)

Zur Arbeiterbewegung.

= **Die Rabitzputzer und Spanner** beschlossen gestern in einer kombinirt stark besuchten Versammlung in den Arminhallen, überall dort, wo die Rabitzputz-, Lugmowand- und Rauharbeiten nicht im Stundenlohn, und zwar für 80 Pfg. die Stunde, ausgeführt werden, heute Morgen die Arbeit einzustellen.

= **Eine große Versammlung arbeitsloser Eisen- und Metalldreher Berlins** findet am Freitag, 26. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause statt. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautet: „**Der Streik bei der Firma Borsig,**" worüber der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, Cohen, referiren wird. Die Einladung zu dieser Versammlung erfolgte heute Morgen durch Säulenanschlag.

= **Für Dreher gesperrt** ist vorläufig noch der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, dessen Wiedereröffnung wir meldeten. Das ist einer der Beschlüsse, welche die Vertrauenskommission der „Rühmannner" in ihrer letzten Sitzung gefaßt hat und von denen trotz strengster Geheimhaltung doch einiges durchsickert. So ist sicher, daß die Eisengießerei und Maschinenfabrik Grunauer in der Müllerstraße 11 die bestimmte Weisung erhalten hat, bei den schwebenden Differenzen in Folge von Lohnabzügen kein Entgegenkommen zu zeigen. Die Former legten in Folge dessen gestern die Arbeit nieder.

Kleine Chronik.

✱ **Abgestürzter Bergführer.** Wie eine Depesche aus Sand (Taufers) meldet, ist der vielen Alpenfahrern wohlbekannte Führer Stabeler Hansl vom Schlaflohnerhof bei Ueberkletterung eines Grats abgestürzt und todt geblieben. Stabeler, der eigentlich Johann Niederwieser hieß und im Jahre 1852 geboren war, zählte zu den Führern allerersten Ranges und hatte wohl die meisten Gipfel in Tirol und in der Schweiz erstiegen. Noch ihm benannt ist der schwierige Stabeler-Thurm in der Rosengarten-Gruppe. Er war seit 1877 Führer.

✱ **Bestialischer Doppelmordversuch.** Der Besitzer Relewski aus Buttkhuhnen kaufte von dem Besitzer Barke aus Marinowen dessen Grundstück und zahlte auch 900 M. an. Auf dem Nachhausewege hatte Relewski den Plan gefaßt, dem Barke die 900 M. wieder abzunehmen. Als beide nach Hause kamen, sandte Relewski den Sohn des Barke nach Schnaps, während er selbst den Barke aufforderte, ihm den Brunnen zu zeigen, damit er wisse, ob auch das Trinkwasser gut sei. Nun sind auf der Besitzung zwei Brunnen, der eine auf dem Hof, der andere im Felde. Arglos begleitete B. den R. zu dem außerhalb gelegenen Brunnen und zog die Stange mit dem Eimer empor. In dieser Stellung warf Relewski den Barke in den Brunnen. Als er merkte, daß im Brunnen alles still war, ging er auf das Gehöft und traf die Frau, die gerade aus dem Hofbrunnen Wasser entnahm. Auch die Frau warf der Unmensch in den Brunnen hinein. Diese klammerte sich jedoch an den Rand und hielt sich fest, laut um Hilfe schreiend. R. nahm eine Axt und schlug unbarmherzig auf die Frau ein, die um in die Tiefe verlangt; jedoch reichte ihr das Wasser nur bis an den Hals. Da die Frau jetzt noch um Hilfe schrie, nahm er eine Stange und stieß nach der Frau. Diese merkte, daß sie auf keine Gnade zu rechnen habe, und verhielt sich ruhig. Nun glaubte R., auch diese sei beseitigt, ging ins Haus, öffnete den Schrank mit einem Beil und nahm das Geld heraus. Mittlerweile kam der Sohn aus dem Gasthause, seine Mutter rief ihn sofort an, und es gelang ihm, seine Mutter herauszuziehen. Als R. dies sah, ergriff er die Flucht. Nach einigen Suchen fanden sie auch den B. im Brunnen. Aus dieser hatte sich festhalten können und konnte so gerettet werden. Schrecklich sind die Verwundungen, die B. sowie seine Frau davongetragen haben. Am Kopf hat sie neun schwere Wunden, B. hat sich beim Sturze den Kiefer geschlittert. R. ist nach dem Graudenzer „Ges." bereits verhaftet.

Wieder ein Beitrag für die himmlische Unschuld und Herzenseinfalt, die nach den Behauptungen des hiesigen landbündlerischen Nachmittagspredigers in Preußens östlichen Gefilden herrschen sollen.

✱ **Ein Patriarch.** In dem hohen Alter von 122 Jahren starb in Riga, wie uns mitgetheilt wird, ein Insasse des Gredeutschikow'schen Armenhauses. Bis zum 120. Jahre war der Mann noch verhältnißmäßig rüstig.

✱ **Von der Pest.** In der Zeit vom 14. bis 19. d. M. sind in Odessa zehn Pesterkrankungen vorgekommen, von denen vier tödtlich verliefen.

Kommunales.

× **Die Steuerüberschüsse der Stadt Berlin.** Nach dem vorliegenden Haupt-Jahres-Abschluß für 1901 ergeben die Steuern einen Mehr-Ueberschuß von 881 551 M. Die Gemeinde-Grundsteuer brachte 19 104 000 M. oder 296 569 M. mehr als im städtischen Haushaltsetat angesetzt war. Die Gewerbe-Steuer ergab 8 970 000 M. oder einen Mehr-Ueberschuß von 166 860 M. Die Betriebssteuer erzielte einen Mehr-Ueberschuß von 35 000 M., das Gesammtergebniß war 287 000 M. Bei der Gemeinde-Einkommensteuer ist erwähnenswerth, daß zahlreiche Steuerpflichtige mit Einkommen über 3000 M. in Folge von Beanstandung der Steuererklärungen höher veranlagt worden sind und daß die Rückzahlungen hinter dem Etatsatz zurückgeblieben sind. Die Gemeinde-Einkommensteuer brachte dem Stadtsäckel das hübsche Stümmchen von 31 195 000 M. und damit einen reipektabeln Mehrüberschuß von rund 389 000 M. Gering war der Mehrüberschuß bei der Hundesteuer mit nur 3700 M. bei einem Gesammtergebniß von 597 100 M., die für 30 000 Hunde erlegt werden mußte. Ungünstig war der Ertrag des Braumalzsteuer-Zuschlages mit 760 000 M. Der Ertrag blieb um 13 000 M. hinter dem Etatsansatze zurück. Noch ungünstiger ist das Ergebniß der Wanderlagersteuer, die in früheren Jahren noch ansehnliche Beträge lieferte und 1901 nur noch 1000 M. einbrachte, d. h. 500 M. oder 33⅓ pCt. weniger, als veranschlagt worden war. Die Umsatzsteuer ergab 1 691 698 M. oder 3924 M. mehr, als veranschlagt, was darauf zurückzuführen ist, daß die Ausgaben um 11 121 M. geringer waren, als nach dem Etat angenommen.

Aus dem Etat geht hervor, daß er in der Hauptsache durch die Mehrausgaben von 7 822 611 M. im Extra-Ordinarium beeinflußt worden ist. Dieser Mehrausgabe steht nur eine Mehreinnahme von 4 362 302 M. beim Ordinarium gegenüber. Hierdurch ist eine Mehrausgabe von 3½ Millionen Mark entstanden, die von dem Bestande von 9 Millionen Mark, der Ende März 1901 verblieb, in Abzug kommen. Der Bestand hat sich dadurch gegen den vorhergehenden Etat um 8½ Millionen Mark verringert.

Magistrats-offiziös wird auf eine etwaige Erhöhung des Gemeinde-Einkommensteuersatzes zart hingewiesen. Wir meinen, daß es wohl noch andere Mittel und Wege giebt, um einen Fehlbetrag im nächsten Etat zu vermeiden.

× **Städtische Bauten.** In der gestrigen Sitzung der Hochbaudeputation des Magistrats wurde der Vorentwurf zu einer neuen Kochküche für mehrere Tausend Personen, einem großen Frauenbade und zu der Erweiterung des Kesselhauses auf dem städtischen Grundstück des Obdachs in der Fröbelstraße genehmigt. Ferner gab die Deputation ihre Zustimmung zu dem Kostenanschlage für verschiedene Neuanlagen auf dem Grundstück des städtischen Arbeitshauses in Rummelsburg und dem Anschlag für die Herstellung eines neuen Pflasters auf dem städtischen Viehhofe in Höhe von einer halben Million Mark.

× **Mit der Anlage einer Ammoniakfabrik** zur Verarbeitung des in den Gasanstalten gewonnenen Gaswassers hat die Stadt Berlin große Schwierigkeiten. Nach langen Verhandlungen hatte der Kreisausschuß die Genehmigung ertheilt, auf dem Gebiete der neuen Gasanstalt zu Dalldorf-Tegel eine Ammoniakfabrik zu erbauen. Gegen dieses Projekt der Direktion der städtischen Gaswerke haben, wie uns berichtet wird, verschiedene Personen Einspruch eingelegt, und zwar auch der Ober-Staatsanwalt Wachler, der befürchtet, daß durch die Fabrik die Insassen des Strafgefängnisses zu Tegel belästigt werden würden.

Lokales.

† **Wohnungsknappheit und Wohnungsnoth.** Man schreibt uns: Die erfreuliche Thatsache, daß, namentlich in Folge der vermehrten Bauthätigkeit in der Umgebung Berlins, der Mangel an Wohnungen wesentlich eingeschränkt worden ist, ja sogar sich in einigen Vororten ein Ueberfluß an Wohnungen zeigt, führt sehr leicht, wie man dies bereits an einer Reihe von Blättern bemerken kann, zu einer viel zu günstigen Beurtheilung der Sachlage. Man glaubt vielfach, daß die mageren Jahre für die Miether schon vorübergegangen sind, und redet daher von dem „Ende der Wohnungsnoth". Hier macht sich der alte Irrthum bemerkbar, daß mit der Wohnungsknappheit auch ohne Weiteres die Wohnungsnoth beseitigt sei. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Sicherlich wird das erhöhte Angebot auch eine Ermäßigung der Miethspreise bewirken, aber man sollte diesen Einfluß nicht überschätzen. So lange nicht die Bodenspekulation energisch bekämpft wird und Staat und Gemeinde entweder auf dem Gebiete der Schaffung billiger und gesunder, kleinerer Wohnungen selbständig vorgehen oder die gemeinnützigen Baugesellschaften in weitestem Umfange unterstützen, werden die Bodenpreise und damit die Miethspreise nicht in solchem Maße sinken, daß man wieder mit normalen Zuständen rechnen kann. Die statistischen Angaben, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigen, stimmen, soweit größere Städte in Betracht kommen, darin überein, daß sich in den letzten drei Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren das Verhältniß zwischen Miethe und Einkommen für die am wenigsten bemittelten Bevölkerungsklassen in der ungünstigsten Weise verschoben hat. In fast allen Großstädten zahlen die Miether mit einem Einkommen bis zu 1200 M. 25 bis 33⅓ pCt. ihres Gesammteinkommens als Tribut an den Hauswirth, bei Einkommen von 1200—3000 M. beträgt dieser Satz noch immer 20 bis 25 pCt., während im Durchschnitt die Personen mit einem Einkommen von 6000 bis 10 000 M. nur 15 bis 18 pCt., diejenigen mit einem Einkommen von 10 000 bis 30 000 M. nur 10 bis 15 pCt., mit einem Einkommen von 30 000 bis 60 000 M. nur 6 bis 8 pCt. und mit einem Einkommen von mehr als 60 000 M. nur 3 bis 4 pCt. für die Miethe aufwenden müssen. Aber, soll die Wohnungsfrage gelöst werden, so muß man dahin streben, daß die Miethspreise nicht nur sich wieder den Einkommensverhältnissen der Miether anpassen, sondern gesunde Wohnräume auch für die Unbemittelten hergestellt werden, daß ferner alle die Quartiere, die sich aus hygienischen Gründen nicht für die Aufnahme von Miethern eignen, vom Wohnungsmarkt auszuschließen sind. Uns fehlt eine der wichtigsten sozialpolitischen Einrichtungen, ein örtliche Wohnungsinspektion, wie sie in Baden und Hessen seit längeren Jahren besteht und wie sie jetzt auch in Württem-

berg eingeführt ist, denn die Sanitätskommissionen, die in einer Anzahl preußischer Städte wirken, sind ein unzureichender Nothbehelf. Nur dürften nicht etwa bei Ausübung der Wohnungsinspektion Schutzleute und Polizisten die Hauptrolle spielen, sondern Leute, die mit den sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit vertraut sind und auch in technischer Beziehung Gewähr für eine verständige Wahrnehmung der allgemeinen Interessen bieten.

Schon wird in der reaktionären Tagespresse und in den Hausbesitzer-Organen mit Triumphgeschrei verkündet, daß das Gerede von der Wohnungsnoth nunmehr gegenstandslos geworden sei; auch hier habe es sich nur um blinden Lärm gehandelt. In Wirklichkeit wäre es jetzt das verkehrteste, wenn man sich mit der myopischen eingetretenen Besserung der Verhältnisse begnügen und die Hände in den Schooß legen wollte. Vor allem hat die Kommunalverwaltung die Pflicht, der Wohnungsfrage die größte Aufmerksamkeit zu widmen und durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß nicht ähnliche Zustände, wie wir sie in den letzten Jahren beklagen mußten, wiederkehren, daß nicht nur der Wohnungsknappheit, sondern auch der Wohnungsnoth ein Ende bereitet wird und auf die Dauer gesunde Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte geschaffen werden.

† Die Berliner Hausfrauen gegen den agrarischen Fleischwucher. Am Sonnabend, 27. September findet im Bürgersaale des Rathhauses Abends 8 Uhr eine vom Berliner Hausfrauenverein ausgehende öffentliche Versammlung statt zur Beschlußfassung über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Gefahr der Fleischvertheuerung. Alle Frauen und Frauenvereine sind dazu eingeladen.

† Das fünfzigjährige Lehrerjubiläum kann mit Ablauf des Sommerhalbjahrs von dem Gemeindeschulrektor Johannes Rückheim und dem Gemeindeschullehrer Wilhelm Gantz begangen werden. Herr Rektor Rückheim, der jetzt im 72. Lebensjahre steht, aber gleichwohl noch weiter im Dienste der Schule verbleiben will, ist diese 50 Jahre hindurch nur an Berliner Schulen thätig gewesen. Lehrer Schultz steht jetzt im 71. Lebensjahre und wird in den Ruhestand treten. Seine Lehrthätigkeit begann er vor 50 Jahren im Oderbruch.

† Der Umfang des Oktober-Umzuges wird nach Mittheilungen aus den Kreisen der Möbeltransportleute ganz erheblich gegen diejenigen in den Vorjahren zurückbleiben. Die Zahl der Aufträge auf Möbelfuhrwerke für die Zeit vom 29 September bis 4 Oktober ist so unerheblich, daß viele Fuhrwerksbesitzer in diesen Tagen nur verhältnißmäßig geringe Beschäftigung haben und noch immer Aufträge entgegennehmen können. Nach Bezirken eingetheilt, werden die meisten Wohnungswechsel in der nördlichen Luisenstadt, in dem Schönhauser Thor-Viertel, im Frankfurter Thor-Viertel sowie im Wedding-Stadttheil erfolgen. Besonders erheblich ist der Wohnungswechsel in der Schönhauser Vorstadt und im Frankfurter Thor-Viertel. Er wird herbeigeführt durch die Fertigstellung großer Gebäudekomplexe im Norden zwischen der Ringbahn und Pankow, im Osten zwischen der Frankfurter Allee und Edenstraße, wo völlig neue Stadtviertel entstanden sind. Bedeutend sind auch die Zahl der Umzüge im äußeren Südwesten und im südlichen Westen. In Wedding macht sich der Umzugs-Termin im nordwestlichen und westlichen Theile des ausgedehnten Stadtviertels bemerkbar. In Zentrum wird die Zahl der Wohnungs-Verschiebungen ganz unbedeutend sein.

† Der größte Straßenbahnhof Europas befindet sich in Groß-Berlin. Eine englische Fachzeitschrift, das „Street Railway Journal", hatte jüngst behauptet, der größte Straßenbahnhof Europas wäre das Wagenhaus der Straßenbahn in Manchester, das 264 Wagen faßt. Es ist demgegenüber festzustellen, daß der größte Straßenbahnhof Europas sich in Berlin befindet. Der Bahnhof Hutten-Straße der Großen Berliner Straßenbahn faßt allein bequem 320 Wagen, also erheblich mehr als der Bahnhof in Manchester, der übrigens auch von einer deutschen Firma mit der elektrischen Ausrüstung versehen worden ist. Ein zweiter Berliner Bahnhof faßt ebenso viel, wie jener englische, wenn nicht mehr: in dem Bahnhof Belzigerstraße können 270 Straßenbahnwagen untergebracht werden. Die große Berliner Straßenbahn besitzt insgesammt etwa zehn große Bahnhöfe, von denen jeder faßt so viel wie der in Manchester im Durchschnitt faßt. Das Fassungsvermögen der Berliner Straßenbahnhöfe ist so groß, daß es für eine Steigerung des Verkehrs um die Hälfte gegen den jetzigen Umfang ausreichen würde.

† Soldaten als „Ziehmänner". Während des bevorstehenden Oktoberumzuges wird die Ueberlassung von Soldaten zu Zwecken eine sehr beschränkte sein. Einestheils ist dies eine Folge davon, daß das Rekrutenlehrpersonal zusammengestellt ist und ausgebildet wird, so daß wenig Mannschaften abkommlich sind. Andererseits aber soll Rücksicht genommen werden auf die Arbeitslosigkeit der im Transportgewerbe stehenden Leute. — Sehr verständig!

† Ein agrarischer Kunde. Selbst ein Beamter der agrarischen Zentrale für Viehverwerthung hat gestern, wie die „Allg. Fleischer-Ztg." mitheilt, auf dem Berliner Viehhof 70 Schweine gekauft. Schlagender kann nicht bewiesen werden, daß trotz der Verkaufslisten von 11 000 Stück Schlachtvieh, die die Zentrale in allen Zeitungen anbietet, der Viehmangel überall außerordentlich fühlbar ist.

† Verlegung eines Postamtes. Vom 29. September ab befindet sich das Postamt 90 nicht mehr in dem Hause Veteranenstraße 29, sondern Auklamerstraße 43 und führt die Bezeichnung „Postamt 90 (Auklamerstraße)". Von Tage der Verlegung ab wird die Briefexpedition von N. 28 abgezweigt und dem Postamt N. 31 zugetheilt.

† Keine Innungs-Krankenkasse. Eine Versammlung der Bäckermeister des Stadttheils Moabit lehnte, wie uns berichtet wird, einen Antrag auf Errichtung einer Innungs-Krankenkasse für das Bäckergewerbe Berlins mit erheblicher Majorität ab. Die Gesellenschaft hatte bereits früher in öffentlicher Versammlung gegen dieses Projekt protestirt.

† Einen astronomischen Preis-Courant besitzt ein „fliegender" Astronom, der mit seinem Fernrohr am Belle-Alliance-Platz einen Stand einnimmt und gegen Erlegung einer Gebühr die Beobachtung der Himmelskörper gestattet. Auf einer Pappstafel befindet sich ein Verzeichniß der zu besichtigenden Weltkörper mit ihren „Vorzügen" und der Angabe der Besichtigungszeit. Ein Preis-Courant giebt Auskunft über die Kosten der einmaligen Beobachtung. Am billigsten eingeschätzt ist unser Tagesgestirn die Sonne mit ihren Flecken; sie, die Venus, Fixsterne und Doppelsterne kosten 10 Pfennig. Etwas theurer sind schon Jupiter und Saturn mit seinen Ringen, wofür 15 Pfennig bezahlt werden müssen. Das am meisten begehrte und deswegen wohl auch theuerste Schau-Objekt bildet der Mond mit seiner Gebirgs-Landschaft. Der Preis für die einmalige Besichtigung unseres Trabanten ist auf 20 Pf. festgestellt.

† Im Bunde der deutschen Bodenreformer spricht am Freitag, 26. d. M., Abends 8½ Uhr, im großen Saal des Schultheiß-Ausschanks, Behren- und Friedrichstraßen-Ecke, Fr. Haelt-Holstein über die „Bodenreform auf dem Dorfe". Gäste, Damen und Herren, haben freien Eintritt.

† Hygiene im Straßenhandel. Gegen das Anfassen von Obst und anderen Eßbarkeitsmitteln im Straßenhandelsbetriebe ergreifen, nach dem Vorbilde der Bäckereiwitter, jetzt auch die Straßenhändler energische Maßnahmen. Sie haben an ihren Wagen vielfach Tafeln mit der Aufschrift: „Das Anfassen der Waaren ist verboten" und das kaufende Publikum gewöhnt sich mit der Zeit, diesen Hinweis zu respektiren.

† Ein Rowdy auf der Straßenbahn. Eine Schlägerei auf einem Straßenbahnwagen veranlaßte der Maurer D., der einen Wagen der Linie Kastanien-Allee—Viktoria Louisenplatz vom ersten Endpunkt aus benutzte. D. stand auf der Vorderplattform, und als der Schaffner kassiren wollte, erklärte er, gleich abzusteigen. An der Ecke der Oderbergerstraße ließ der Schaffner halten, begab sich nach dem Vorderperron und verlangte entschieden Zahlung des Fahrgeldes. Mit den Worten: „Hier hast du dein Geld", versetzte der Maurer dem Beamten einen Faustschlag ins Gesicht. D. mußte schließlich gewaltsam von dem Wagen entfernt werden. Er lief nun neben diesem her und schlug fortwährend nach dem Schaffner; schließlich gelang es ihm, in der Nähe des Kinostrickhofes den Beamten am Bein zu fassen und herunterzuzerren. Es sammelte sich sofort eine größere Menschenmenge an, die, ohne den Sachverhalt zu kennen, gegen den Straßenbahner Partei nahm, bis schließlich ein Schutzmann, der den D. verhaftete, dem Auftritt ein Ende machte.

† Feuerbericht. Gestern früh um 1½ Uhr stand in der Frankfurter Allee 56 die Dachkonstruktion eines einstöckigen Gebäudes mit den dort lagernden Wurstwaaren in Flammen. Der 7. Löschzug hatte mit einer Schlauchleitung längere Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu löschen. In der Hagenauerstr. 12 brannten die Schaalwände des Hauses u. a. und in der Rochstraße 1 Kübe in einem Keller.

† Vor Wechselschwindlern und Kassenräubern haben sich jetzt insbesondere die Verkäuferinnen in den Bäckerläden in Acht zu nehmen. Mehrere Fälle zeigen, daß diese Spitzbuben augenblicklich mit Vorliebe derartige Läden heimsuchen. Bei einer Verkäuferin im Süden der Stadt führte sich einer alt Händler mit Schreibmaterial ein. Abends kam er wieder und hat, ihm ein Zehnmarkstück zu wechseln. Als die vorsichtige Verkäuferin erst das Goldstück zu sehen verlangte, stellte sich heraus, daß der Mann gar keins besaß. Nun ergriff der Schwindler einen Thaler, der hinter der Kasse lag, rannte davon und entkam, obwohl er sofort verfolgt wurde. — In der Karlstraße „arbeitete" zwei Mann zusammen. Einer kaufte sehr unständlich für 40 Pf. Torte kuchen und gab ein Zwanzigmarkstück in Zahlung. Während die Verkäuferin dieses wechselte, trat der andere ein, forderte für 20 Pf. Kuchen, griff aber sofort in die Kasse und entkam mit dem Geldstück, das der erste Kunde soeben gegeben hatte, und für das er natürlich Ersatz verlangte.

† Zu dem Verschwinden des Lehrers Pasewald werden jetzt Einzelheiten bekannt, die den Vermißten in ein sehr ungünstiges Licht stellen. Pasewald, der sich den Anschein eines Biedermanns gab und auch sein Amt zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten verwaltete, führte ein sehr ausschweifendes Leben und machte überall Schulden. Seine unglückliche Frau, die von seinem Treiben keine Kenntniß hatte, wird jetzt von Gläubigern überlaufen und ist durch die furchtbare Entdeckung vollständig gebrochen. Pasewald wurde durch ein Verhältniß, das er hinter dem Rücken seiner Frau mit einem jungen Mädchen unterhielt, auf die schiefe Bahn gedrängt. Das Verhältniß wurde ihm um so kostspieliger, als er seine Geliebte vollständig aushielt. So gerieth er in Schulden, die er durch andere Ausschweifungen noch vermehrten. Um heraus zu kommen, nahm er endlich seine Zuflucht zu Wechselfälschungen.

† Ein Berliner Betrüger verhaftet. Auf dem Hauptpostamte in Hamburg wurde der Kommis Denker verhaftet, der nach Verübung zahlreicher Betrügereien und Schwindeleien von der Staatsanwaltschaft in Berlin und anderer Städte steckbrieflich verfolgt wurde. Als man ihn feinahm, gebärdete er sich wie ein Rasender. Ein vom Stadthause herbeigerufener Beamter konnte alsbald feststellen, daß der Steckbrief thatsächlich der steckbrieflich verfolgte Kommis Denker sei; der Verhaftete räumte schließlich ein, mit dem Gesuchten identisch zu sein.

† Ein Pflichtvergessener. Frau und Kinder hat der 31 Jahre alte Arbeiter Adolf Kutsche aus der Stallschreiberstraße 32 verlassen. Kutsche, der zum zweiten Male verheirathet und Vater von zwei Kindern im Alter von 15 und 6 Jahren ist, kam am Sonnabend vor drei Wochen ohne einen Pfennig Geld nach Hause und verweigerte jede Auskunft darüber, wo er seinen Lohn gelassen hatte. Als am nächsten Morgen seine Frau nach ihrer Aufwartestelle gegangen war, entfernte er sich und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib hatten keinen Erfolg.

† Ein dummer Streich, der leicht ernste Folgen hätte haben können, wurde gestern Nachmittag um 7½ Uhr von einem halbwüchsigen Jungen verübt. Auf das Schaufenster des Restaurateurs Brandt, Lüneburgerstraße 30, wurde von einem vorüberlaufenden Jungen ein Schuß abgefeuert; das Geschoß durchschlug das Glas an der Seite links unten, ging hart an der in der Nähe des Fensters sitzenden Wirthin vorbei und traf den Sitz eines Rohrstuhls. Der Schuß ist vermuthlich aus einem Teschin abgegeben. Leider war die erste Bestürzung so groß, daß die aufgenommene Verfolgung erfolglos blieb, doch konnten Passanten eine Beschreibung des muthmaßlichen Thäters geben, der über die Fußgängerbrücke zum Bahnhof Bellevue entkam.

Aus den Vororten.

†† Ein Kreiskrankenhaus soll in Rüdersdorf erbaut werden. Damit würde endlich den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereitet. Noch heute werden bekanntlich die im Bergbau Verunglückten sowie die der Knappschaftskasse angehörigen Kranken, die einer Krankenhausbehandlung bedürftigen in das Knappschaftslazarett nach — Halle a. S. transportirt. Was das auf sich hat, hat so mancher arme Kranke oder Verunglückte mit Schrecken erfahren müssen.

Industrie, Handel, Börse.

Vereinigte Königs- und Laurahütte. In Ergänzung der Mittheilungen über den Abschluß für 1901/02 bemerken wir noch, dass am Schlusse des Berichtsjahres (30. Juni) an Aufträgen vorlagen: a) für die schlesischen Hütten: 40 882 To. (i. V. 56 545 To.), Walzwaaren aller Art im Werthe von 5 040 300 M. (i. V. 6 995 800 M.) und Konstruktions- und Verfeinerungsarbeiten für 3 775 700 M. (i. V. 4 277 100 M.), zusammen 8 816 000 M. (i. V. 11 272 900 M.); b) für die Katharinahütte 5667 To. (i. V. 4324 To.), Walzwaaren im Werthe von 605 900 Rbl. (i. V. 474 000) und Verfeinerungsarbeiten für 105 650 Rbl. (i. V. 212 300), zusammen 711 550 Rbl. (i. V. 686 300 Rbl.). Der Absatz an Walzwerksprodukten erfolgte hauptsächlich zur Deckung des laufenden Bedarfs der Konsumenten. Dagegen sank die Summe der vorliegenden grösseren Schlüsse auf längere Dauer gegen das Vorjahr noch weiter herab.". — Der Abschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt, dass das grosse oberschlesische Montanunternehmen von der ungünstigen Konjunktur in der Montanindustrie nicht unwesentlich in Mitleidenschaft gezogen ist. Der Bruttogewinn stellt sich um 2 486 397 M. niedriger, als im Vorjahre. Man hatte nicht auf eine Dividende von 10 pCt. gerechnet. Diese ist aber dadurch ermöglicht worden, dass die Abschreibungen mit 3 000 314 Mark um fast 1½ Millionen Mark geringer sind als im Vorjahre. Man darf annehmen, dass diese Abschreibungen genügend sind, da die Laurahütte stets in sehr vorsichtiger Weise balanzirt hat. Die am 30. Juni vorliegenden Aufträge haben sich bei den schlesischen Werken vermindert, während sie bei dem russischen Werke höher sind. Was die Preise für die Aufträge anlangt so sind sie bei den schlesischen Werken den vorjährigen ungefähr gleich geblieben, während sie bei den russischen Werken um etwa drei Rubel per Tonne niedriger sind.

Elektrizitäts-Gesellschaft vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg. Die Verhandlungen der Gesellschaft mit einem Konsortium unter Führung der Berliner Handels-Gesellschaft sind, wie wir hören, abgebrochen worden, da sich hinsichtlich der Leitung des Syndikats für das Geschäft keine Einigung zwischen dem alten der Gesellschaft nahestehenden Finanzkonsortium und der neuen Gruppe erzielen liess. Im Uebrigen handelte es sich, wie uns weiter mitgetheilt wird, bei der geplanten Transaktion durchaus nicht um einen neuerlichen Geldbedarf der Schuckert-Gesellschaft, sondern lediglich darum, dass eben die neue Gruppe mit 7½ Mill. an dem schon bestehenden Kreditverhältniss betheiligt sein sollte.

Berlin-Neurod er Kunstanstalten. Dieses Unternehmen hat die Fabrik der Firma Photographische Schnelldruckindustrie Elsner u. Lotter, Kommandit-gesellschaft in Dresden, käuflich erworben, die photographische Reproduktionen für Massenartikel in künstlerisch vollendeter Ausführung fabrizirt und hierfür eigene Patente besitzt.

„Germania", Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin. Durch die Neuanfnahme von 9240 Personen über 41 047 962 M. Versicherungskapital und 190 506 M. Jahresrente ist der aus dem Vorjahre übernommene Gesammt-Versicherungsbestand im letzten Geschäftsjahre, abzüglich der Abgänge durch Tod und bei Lebzeiten Versicherter, auf 195 364 Personen mit 639 908 506 M. Versicherungssumme und 2 528 495 M. Jahresrente gestiegen. An Prämien wurden vereinnahmt 28 304 433 M., an Zinsen 9 652 999 M., zusammen 37 957 432 M. Die Ausgabe für fällige Kapitalien und Renten betrug 16 677 741 M. Der Verlauf der Sterblichkeit unter den Versicherten war für die Gesellschaft noch günstiger als im Vorjahr. Vom Prämienreservefonds wurden 33,2 pCt. der Jahreseinnahme überwiesen, dessen Gesammtsumme einschließlich der Prämienüberträge hierdurch um 12 602 720 Mark auf 229 834 040 Mark angewachsen ist. Die im vs Bossenon Jahre vergütete Dividende an die mit Gewinnantheil Versicherten beliefsich auf 4 425 652 M., während die Gewinnreserve dieser Versicherten, die lediglich zur Vertheilung weiterer Dividenden dient und nicht zu anderen Ausgaben verwendet werden darf, durch die Ueberweisung von 4 815 815 M. aus dem Ueberschuss des Rechnungsjahres 1901 auf 18 161 349 M. erhöht werden konnte. Hieraus erhalten als Dividende durch Anrechnung von den im Versicherungsjahre 1903/04 fälligen Prämien die nach Plan A Versicherten 22 pCt. der für ihren Gewinnantheil massgebenden vollen Jahresprämie, dagegen die nach Plan B Versicherten 20½ pCt. von der Gesammtsumme aller seit Beginn ihrer Versicherung gezahlten Dividenden-Jahresprämien, mithin Versicherte aus 1880: 63¼ pCt., 1881: 60½ pCt., 1882: 57¼ pCt., 1883: 55 pCt., 1884: 52¼ pCt. u. s. f. einer vollen Jahresprämie.

Butter. (Originalbericht von Gebr. Gause vom 24. September.) Die lebhafte Nachfrage nach feinsten Qualitäten bewirkte eine weitere Preissteigerung. Bei den jetzt schon recht hohen Preisen, die zum 120 Pfennig-Stich keine Rechnung mehr gehen, lässt der Bedarf etwas nach, doch wird die Produktion voraussichtlich noch weiter abnehmen, so dass bald wieder Knapheit in fester Waare eintreten wird. Die heutigen Notirungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia. Qualität 120—122 M., dito IIa. Qualität 110—119 M. — Schmalz: Die Preise gingen langsam für alle Termine, namentlich, aber für die vorderen, in die Höhe. Greifbare Waare ist nicht nur an den Seeplätzen, sondern auch in Amerika selbst recht knapp; die Situation scheint sich für die nächste Zeit noch sehr zu verschärfen. Die heutigen Notirungen sind: Choice Western Steam 61 M., amerikanisches Tafelschmalz Borussia 62 M., Berliner Stadtschmalz Krone 62½ M., Berliner Bratenschmalz Kornblume 61—65 M. — Speck: Der Markt ist unverändert fest

Konkurse

Auswärts. Kaufm. Richard Pruss in Elbing. — Kaufm. Willy Martens in Magdeburg. — Kaufm. Max Weiss in Neusalz a. O.

Letzte Nachrichten.

Halle a. S., 24. September. Unter Theilnahme einer großen Volksmenge und der Lokalbehörden ist heute auf dem Petersberg eine Bismarckfäule enthüllt worden.

Marburg, 24. September. Wie die „Hess. Landesztg." meldet, hat Professor Orth-Göttingen gestern die Berufung nach Berlin als Nachfolger Rudolf Virchows angenommen.

Gnesen, 24. September. Im hiesigen Dome wurde heute in Anwesenheit des Erzbischofs von Stablewski das in eine silberne Urne eingeschlossene Herz des Kardinals Ledochowski feierlich beigesetzt.

Frankfurt a. M., 24. September. Die „Frkf. Ztg." meldet aus Brüssel: Die Arbeitgeber der Gasindustrie lehnten die Forderungen der Arbeiter ab. Der Streik zum 1. Oktober ist damit unvermeidlich geworden.

Frankfurt a. M., 24. September. Die „Frankf. Ztg." meldet aus London: Der Aufruf der Burengenerale scheint hier einen schlechten Eindruck gemacht zu haben. Die „Pall Mall Gazette" wittert die Mitwirkung des Dr. Leyds bei der Abfassung des Schriftstückes. Es wäre, sagt das Blatt, wirdewoller für die Generale gewesen, die jetzt britische Unterthanen sind, das Klagen zu unterlassen.

Köln, 24. September. Die internationale Arbeiterschutz-Konferenz hat heute ihren befriedigenden Abschluß gefunden und das Werk ihrer Thätigkeit durch eine Fahrt auf dem Rhein beschlossen. Die nächste Delegirten-Versammlung wird wahrscheinlich in Basel stattfinden.

München, 24. September. Der Königpaar Rumänien ist heute Abend aus Ragaz zu zweitägigem Aufenthalte hier eingetroffen.

Karlsbad, 24. September. Der Naturforscher- und Aerztetag nahm Cassel als nächsten Versammlungsort an und wählte den Berliner Ingenieur Dr. Heincke-Altenes zum dritten Vorsitzenden, sowie die Herren Kampe und Wischer aus Leipzig zu Schatzmeistern und Professor Nernst-Göttingen zum Vorsitzenden der naturwissenschaftlichen Hauptzweige.

Luzern, 24. September. Das Befinden Galisbury's hat sich so gebessert, daß man in seiner Umgebung glaubt, er werde bald wieder Ausfahrten unternehmen können.

Paris, 24. September. Die hiesige deutsche Botschaft ließ in Bonn am Grabe des vor einigen Tagen verstorbenen Pariser Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung", Dr. Karl Schneider, einen Kranz niederlegen.

Paris, 24. September. Der sozialistische Deputirte und Führer der Bergarbeiter, Basly, welcher bisher stets eine versöhnliche Haltung beobachtete, erklärt heute in seinem Blatte, er sei für einen sofortigen allgemeinen Ausstand der Bergarbeiter. Der Ausstand sei durch das Verhalten der Bergwerksgesellschaften, welche die Löhne herabgesetzt und zahlreiche Entlassungen vorgenommen hätten, unvermeidlich geworden. Durch den Gesammtausstand soll die Einführung eines Minimallohnes erzwungen werden. Ein Theil der Bergleute in Douai bei Dorignies ist bereits in den Ausstand getreten. Man befürchtet, daß die übrigen sich ihnen anschließen werden.

Commentry, 24. September. Dem hier tagenden Kongreß der französischen Grubenarbeiter ging heute Nachmittag aus Dorignies die telegraphische Mittheilung zu, daß dort 8000 Grubenarbeiter in den Ausstand eingetreten sind.

Caserta, 24. September. In Maceratа di Marcianice wurden durch eine Feuersbrunst gegen 20 Häuser zerstört. 6 Personen, darunter ein Kind, kamen bei dem Brande ums Leben. Der Schaden wird auf 300 000 Franken geschätzt.

Haag, 24. September. Der Deputirte Idenburg, Hauptmann in der indischen Armee, ist zum Kolonialminister ernannt worden.

Brüssel, 24. September. Gestern hat sich in der Nähe des in den Ardennen gelegenen königlichen Schlosses ein ernster Automobilunfall zugetragen, bei dem die vier Insassen des Automobils schwere Verletzungen davontrugen. Die Verwundeten wurden in's Schloß gebracht.

New-York, 24. September. Die in Saratoga abgehaltene republikanische Staatskonvention nominirte Odell wiederum für den Gouverneurspsten des Staates New-York.

Johnstown (Pennsylvanien), 24. September. Präsident Roosevelt hatte eine vortreffliche Nacht; die Temperatur ist normal.

Peking, 24. September. Vizekönig Tseng mit zwei Bataillonen Shansi-Garde traf außerhalb der Mauern von Tschengtufu auf die Boxer und schlug sie. Das chinesische Auswärtige Amt erklärt, dies militärische Vorgehen gegen die Rebellen stoße auf keinen ernsten Widerstand.

Frankfurt a. M., 24. September. Oestr. Kreditaktien 215,70, Franzosen 155,30, Lombarden 20,00 Ungar. Goldrente 101,10, Gotthardbahn 177,00, Diskonto-Kommandit 187,00, Dresdner Bank 143,30, Berliner Handelsgesellschaft 156,70, Harpener 167,50, Laurahütte 203,20.

Wien. 24 September, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 726,00. Oestr. Kreditaktien 686,00, Franzosen 715,50, Lombarden 77,25 Galizier —,—. Nordwestbahn 453,00 Elbethalbahn 467,50. Oestr. Papierrente 101,15 do. Goldrente 120,10. 5 proz. ungar. Papierrente —,—. 4 proz. ungar Goldrente 120,05, Marknoten 117,10, Napoleons 19,07. Bankverein 457,00 Tabakaktien 320,00. Unionbank 542,00, Anderbank 395,50 Alpine Montan 375,50

Paris. 24. September, Nachm. (Schluss-Course.) 3 proz. Rente 100,07 4 proz. Anleihe —,— Italiener 102,25. Franzosen —,—. Lombarden —,—. Türken 28,65 Suezkanal-Aktien 3855. Ottomanbank 581,00.

Amsterdam. 24. September. Bancazinn 71½

London, 24. September. Chile-Kupfer 62½, per 3 Monat 53½, unifiz. Anleihe 108½, Italienische 5 proz. Rente 101½, Mexikan. 5 prozent. Preuss. 3½ proz. Konsols, unkündb. bis 1905 —, Aegyptische 4 proz. konsol. Anleihe von 1898 102½, Russ. 4 proz. konv. Anleihe II. Serie 102½, 1 proz. konvertirte Türken Lit. D 28½, Ungar. 4 proz. Goldrente 101½, Ottomanbankaktien 15 5/16. Kanada-Pacific-Aktien 143½, Northern Pacific —, Silber —, Neue Chinesen 91, Northern Common Shares —,—. Chicago-Milwaukee 198, Louisville Nashville 153½, Union Pacific 103½, 5 prozent. Argentinische Goldanleihe 96. Spanier 86.

Hierzu Beiblatt.